

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
I. Die Steuerhinterziehung als ein zentrales Wirtschaftsdelikt	1
II. Der Steuerhinterziehungsvorsatz als inhaltsloses Straftatbestandsmerkmal?	4
1. Die unterschiedlichen Rechtsfolgen bei vorsätzlicher und leichtfertiger Steuerverkürzung de lege lata	4
2. Die propagierte Irrelevanz der Vorsatzverteidigung im Steuerstrafrecht	5
III. Zielsetzung und Gang der Untersuchung	7
 B. Zum Vorsatzverständnis der Rechtsprechung und ihren prozessualen Beweisgrundsätzen	 9
I. Der materiell-rechtliche Vorsatzbegriff der Rechtsprechung	9
II. Die Anforderungen an eine revisionsfeste Tatsachenfeststellung im Straf- und im Finanzgerichtsprozess	10
1. Die Grenzen der Revisibilität tatrichterlicher Feststellungen nach §§ 261 StPO, 96 Abs. 1 Satz 1, 118 Abs. 2 FGO	10
a) Fehlertypenlehre des BGH zu § 261 StPO	11
b) Fehlertypenlehre des BFH zu §§ 96 Abs. 1 Satz 1, 118 Abs. 2 FGO	12
c) Zwischenfazit: BGH und BFH stellen im Wesentlichen gleiche Anforderungen an die Revisionsfestigkeit der tatrichterlichen Sachverhaltsfeststellung	13
2. Konturierung des tatrichterlichen Pflichtenprogrammes bei der Beweiswürdigung zum Vorsatz im Straf- und im Finanzprozess beim Indizienbeweis	14
a) Einhaltung der Grenzen von Logik und Erfahrung beim Indizienbeweis	15
b) Lückenlosigkeit der Beweiswürdigung durch die Gesamtbetrachtung der Indizien	17
III. Indizienlehren zum Nachweis von spezifischen Deliktvorsätzen – Eine selektive Bestandsaufnahme	19
1. Indizienlehren zum Vorsatznachweis bei Sachumständen	20
2. Vorsatznachweis bezogen auf Rechtsumstände	25
3. Schlussfolgerungen für den Betrachtungshorizont der Entscheidungen zu § 370 AO	26

C. Der Vorsatz im Steuerstrafrecht und die zu beweisende Kenntnis vom Steueranspruch	29
I. Eventualvorsatz als hinreichende Vorsatzform bei § 370 AO	29
II. Zu den vorsatzrelevanten Tatumständen bei § 370 AO	30
1. Das tradierte Konzept der Steueranspruchstheorie	30
2. Zu den weiteren vorsatzrelevanten Tatumständen	34
3. Zwischenfazit: Erfordernis einer zweistufigen Vorsatzprüfung im Steuerstrafrecht	35
III. Eigenständige materielle Definition des Eventualvorsatzes im Steuerstrafrecht?	37
1. Zum Erfordernis eines isolierten Nachweises der beiden Vorsatzelemente des Eventualvorsatzes im Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	37
2. Aufgabe des Willenselements durch die Rechtsprechung des 1. Strafsenates des BGH	39
3. Das Für-möglich-Halten des Steueranspruches als Indiz für die voluntative Seite des Vorsatzes	41
a) Erklärungsansätze in der steuerstrafrechtlichen Literatur	41
b) Zusammenführung der Nachweisgrundsätze zum Steueranspruch mit der Indizienmethodik	44
4. Erstes Fazit: Der Eventualvorsatznachweis bei § 370 AO beschränkt sich auf den Nachweis des Für-möglich-Haltens des Steueranspruches	45
D. Analyse der Rechtsprechung zum rechtlichen Für-möglich- Halten des Steueranspruches bei § 370 AO	47
I. Der Nachweis des Wissenselements bei § 370 AO in der Rechtsprechung der Strafgerichte	48
1. Die Kenntnis vom Steueranspruch in der Rechtsprechung der Rechtsmittelgerichte	48
a) Revisionsentscheidungen, die die erstinstanzliche Vorsatzfeststellung bestehen lassen	50
b) Revisionsentscheidungen, die die erstinstanzliche Vorsatzfeststellung aufheben	53
c) Revisionsentscheidungen, die die Feststellungen zum Irrtum über den Steueranspruch bestätigen	59
d) Revisionsentscheidungen, die die Feststellungen zum Irrtum über den Steueranspruch aufheben	64

e)	Exkurs: Rechtsprechung zu Vorsatz und Irrtum über den Steueranspruch in Beschwerdeverfahren vor den OLG/KG . .	67
2.	Die Kenntnis vom Steueranspruch in der Rechtsprechung der Tatgerichte	69
a)	Tatrichterliche Entscheidungen, die den Vorsatz feststellen . .	70
b)	Tatrichterliche Entscheidungen, die einen Irrtum über Steueranspruch feststellen	78
c)	Ergänzung: Das Cum/Ex – Urteil des LG Bonn vom 18. März 2020 – Az. 62 KLS 213 Js 41/19 - 1/19	81
aa)	Steuerhinterziehungsvorsatz der Angeklagten	81
bb)	Steuerhinterziehungsvorsatz der Vorstände der Einziehungsbeteiligten	83
II.	Der Nachweis des Wissenselements bei § 370 AO in der Rechtsprechung der Finanzgerichte.	83
1.	Die Kenntnis vom Steueranspruch in der Rechtsprechung des BFH	83
a)	Urteile, die die finanzgerichtliche Vorsatzfeststellung bestätigen	84
b)	Urteile, die die finanzgerichtliche Vorsatzfeststellung aufheben	86
2.	Die Kenntnis vom Steueranspruch in der Rechtsprechung der Finanzgerichte.	88
a)	Entscheidungen, die den Vorsatz feststellen	88
b)	Finanzgerichtliche Entscheidungen, die einen Irrtum über den Steueranspruch feststellen	92
III.	Zweites Fazit: Straf- und Finanzgerichtsbarkeit folgen grundsätzlich den gleichen Leitlinien.	98
IV.	Drittes Fazit: Irrtümer über den Steueranspruch werden nicht unverhältnismäßig selten festgestellt	98
E.	Vorschlag für eine deliktspezifische Indizienlehre im Steuerstrafrecht und abschließende Betrachtung	101
I.	Argumentative Auseinandersetzung mit den indiziellen Leitlinien . .	101
1.	Die Kenntnis vom Steueranspruch indizierende Umstände	101
a)	Fehlende Einholung eines Rechtsrats in steuerlichen Zweifelsfällen.	101
b)	Einheitsformulare und Merkblätter der Finanzverwaltung . .	102
c)	Allgemeine Bekanntheit einer steuerrechtlichen Thematik. .	106
d)	Gehobener steuerrechtlicher und wirtschaftlicher Bildungsstand	107

e)	Steuerstrafrechtliche Vorerfahrungen	108
f)	Der steuerstrafrechtlich relevante Geschäftsvorgang.	109
aa)	Konstruktion eines steuerrechtlich begünstigten Vorgangs	109
bb)	Verwendung von Offshore-Gesellschaften	110
cc)	Fehlende Wirtschaftlichkeit eines Geschäfts ohne Steuervorteil.	113
dd)	Konspirative Vorgehensweise des Steuerpflichtigen . .	113
ee)	Durchführung einer steuerlichen Umgehungskonstruktion mit laienhaftem Rechtsverständnis	114
2.	Die Kenntnis vom Steueranspruch widerlegende Indizien	115
a)	Steuerrechtliche Beratung	115
aa)	Zuverlässigkeit des Rechtsrates	116
bb)	Exkurs: Gefälligkeitsgutachten	118
cc)	Schlussfolgerungen für die Indizienwürdigung zum steuerrechtlichen Irrtum bei Rechtsberatung.	119
b)	Die Einrichtung eines Tax-Compliance-Management- Systems	120
c)	Unklare und komplexe Steuerrechtslage	122
d)	Steuerehrliches Alternativverhalten	123
3.	Keine Aussagekraft bezüglich der (Un-)Kenntnis vom Steueranspruch.	125
a)	Verhältnis von hinterzogenen Steuern zum Gesamtvermögen	125
b)	Die Wertungen des § 176 AO im Kontext der steuerrechtlichen Irrtumsfeststellung	126
II.	Viertes Fazit: Rechtsprechungsanalyse belegt hinreichend empirisch nachvollziehbaren Indizienkanon der Instanzgerichte. . . .	127
III.	Abschließende Betrachtung und wesentliche Thesen	128
1.	Vorschlag für ein deliktsspezifisches Indizienkonzept zum Vorsatznachweis im Steuerstrafrecht.	128
2.	Wesentliche Thesen und Schlussbetrachtung	129
	Literaturverzeichnis	131